

GZ. BMEIA-JP.2.13.47/0002-II.10/2017

**ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT**

**3/14**

**Abkommen zwischen der Republik Österreich  
und Japan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung  
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und  
zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung;  
Inkraftsetzung**

**VORTRAG AN DEN MINISTERRAT**

Gemäß Beschluss der Bundesregierung vom 24. Jänner 2017 (sh. Pkt. 14 des Beschl. Prot. Nr. 29) und der entsprechenden Ermächtigung durch den Herrn Bundespräsidenten wurde das Abkommen zwischen der Republik Österreich und Japan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung am 30. Jänner 2017 in Wien von Bundesminister für Finanzen Dr. Hans Jörg Schelling unterzeichnet.

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und Japan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung hat gesetzändernden bzw. gesetzesergänzenden Inhalt und bedarf daher der Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG. Es hat nicht politischen Charakter. Es ist nicht erforderlich, eine unmittelbare Anwendung des Abkommens im innerstaatlichen Rechtsbereich durch einen Beschluss gemäß Art. 50 Abs. 2 Z 4 B-VG, dass dieser Staatsvertrag durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen ist, auszuschließen. Da durch das Abkommen Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder geregelt werden, bedarf es überdies der Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 2 Z 2 B-VG.

Mit dem Inkrafttreten des Abkommens werden im Wesentlichen keine finanziellen und keine personellen Wirkungen verbunden sein.

Anbei lege ich die Erläuterungen zum Abkommen vor. Die authentische englische Sprachfassung des Abkommens sowie die Übersetzung ins Deutsche wurden der Bundesregierung bereits anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zur Genehmigung vorgelegt.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen stelle ich daher den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle

1. das Abkommen zwischen der Republik Österreich und Japan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung unter Anschluss der Erläuterungen dem Nationalrat zur Genehmigung gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG zuleiten, und

2. nach erfolgter Genehmigung dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, mich oder eine/n von mir namhaft zu machende/n Beamten/in des höheren Dienstes des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres zum Austausch der diplomatischen Noten gemäß Art. 30 des Abkommens zu ermächtigen.

Wien, am 28. Dezember 2017

KNEISSL m.p.